

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Eltern für eine gute Schule: Unsere Kinder wollen lernen, aber ...**
- **DWN: Schwerer Schlag für Zivilisten: EU verlängert Syrien-Sanktionen**
- **Felix Abt: Sieben Jahre Nordkorea - Ein Schweizer im "Reich des Bösen"**
- **DWN: Kurse der Rüstungs-Industrie profitieren von den Kriegen in der Welt.**
- **Anonymus: Think-Tank-Chef Friedman: US-Krieg gegen Russland in Europa weiterhin eine denkbare Option.**
- **Ulrike von Wiesenau: ... systematisch für private Investoren öffnen**
- **DWN: Österreich will bei der EU für den Erhalt von Bargeld kämpfen**
- **Andreas Riekeberg: Strahlendes Erbe**

Zitat des Monats von [Matthias Burchardt](#)

Wir sollten es nicht Machtgruppen im Dunklen überlassen,
was aus unseren Kindern,
unserer Kultur, Religion und unserer Demokratie wird.

(Schlussatz seines Artikels:

"G8 als Baustein eines Reformputsches gegen die humanistische Bildungskultur")

- Eltern für eine gute Schule: **Unsere Kinder wollen lernen, aber ...**

Am 02. Mai 2017 hat die Elterninitiative ['Eltern für eine gute Schule'](#) eine Veranstaltung in Köln unter dem Titel „Unsere Kinder wollen lernen, aber...“ durchgeführt, die von 150 Eltern und Lehrern besucht wurde. Mitveranstalter waren fünf überregionale Elternverbände in NRW.

In ihrem Vortrag zeigte Dr. Elke Möller-Nehring auf, dass die neuen Lernkonzepte viele Schüler überfordern sowie Entmutigung und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern zunehmen. Dr. Matthias Burchardt erläuterte, inwiefern die neue Unterrichtskultur aus wissenschaftlicher Sicht völlig haltlos ist. Anhand prägnanter Originalzitate wies er nach, dass sie vielmehr ökonomistischen Interessen dient. In der anschließenden lebhaften Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass man eine tiefgreifende Bildungswende anstoßen müsse.

Der Kontakt zu den mitveranstaltenden überregionalen Elternverbänden ist der Initiative 'Eltern für eine gute Schule' über ihren [Elternbrief](#) gelungen. Darin kritisiert sie die schulische Entwicklung und den daraus folgenden abnehmenden Bildungsstand der Kindern in NRW. Es werden aber auch die Gründe für diese mangelbehaftete Entwicklung benannt und die Erwartungshaltung und die Forderungen der Eltern an eine sinnvolle Reform der schulischen Bildung klar formuliert.

Ihren Niederschlag finden diese Forderungen auch in einem Offenen Brief "[Geben Sie uns das Vertrauen in die Bildungspolitik zurück!](#)" an die sich bildende Landesregierung.

Der Druck, den die im Entstehen befindliche neue NRW-Landesregierung durch die Elterninitiativen und -verbände verspürt, kommt auch darin zum Ausdruck, dass während der Koalitionsverhandlungen bereits angekündigt wird, [dass die neue Regierung das G9 wieder als Regelfall will](#). Für konkreten Druck in Sachen G9 hat vor allem die Initiative ['G9 jetzt in NRW!'](#) gesorgt, für deren Volksbegehren weiterhin Unterschriften gesammelt werden. Denn diese Initiative gibt sich in einer Mail an die Sammler noch skeptisch, wie die konkrete Ausgestaltung durch die neue Landesregierung aussehen wird, z.B. im Hinblick auf den verpflichtenden Ganztag.

Die Redaktion sieht hier ein Beispiel dafür, dass bürgerschaftliches Engagement erfolgreich sein kann, wenn es Themen von allgemeinem Interesse aufgreift. Denn auch Initiativen wie diesen ist es zu verdanken, dass kurz nach der Veranstaltung die grüne Bildungsministerin und die ganze NRW-Regierung abgewählt wurde. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- DWN: **Schwerer Schlag für Zivilisten: EU verlängert Syrien-Sanktionen**

Die EU Staaten haben ihre [Wirtschaftssanktionen gegen Syrien bis zum 01.06.2018 verlängert](#). Die weitreichenden Maßnahmen haben bereits in der Vergangenheit die syrische Wirtschaft faktisch lahmgelegt. Es geht um Ölembargo, Investitionseinschränkungen, Exportverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten der syrischen Zentralbank innerhalb der EU. Außerdem sind 240 syrische Personen und 67 syrische Körperschaften mit Reiseverboten und Vermögenssperren belegt.

Die Sanktionen [schaden jedoch vor allem der syrischen Zivilbevölkerung](#), nicht den Machthabern; das belegte auch ein UN-Report vor einigen Monaten. Zusammen mit dem noch schärferen Sanktionsprogramm der USA werden sogar massiv die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau in Syrien behindert. Vor genau einem Jahr hatten Vertreter der christlichen Kirchen in Syrien die EU um Aufhebung der Sanktionen gebeten, eben weil sie der Zivilbevölkerung schaden.

Die Wirtschaftskammer Österreichs stellt den [aktuellen Stand der Sanktionen](#) dar.

Der Bürgerbrief hat bereits im Oktober 2016 über den soeben wieder missachteten Apell der christlichen syrischen Würdenträger gegen das Embargo berichtet. Die Redaktion meint: Das Embargo müsste sich auf Waffen, aber nicht auf das zivile Leben und die humanitäre Hilfe beziehen, mit der sich Fabian Köhler in der [Mai-Ausgabe 2017](#) auseinandersetzte. (Red.)

Die DWN, [Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten](#), werden seit 2012 von Michael Maier herausgegeben. Die DWN "stehen für ein Wirtschaftssystem, in dem die Ressourcen der Erde mit äußerster Zurückhaltung verwendet werden und welches sich vor allem dem Ziel verpflichtet weiß,

die Kluft zwischen Reich und Arm in der Welt zu verringern." Seit 2015 befindet sich die Mehrheit der Anteile in den Händen des schwedischen Bonnier-Verlags. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Felix Abt: **Sieben Jahre Nordkorea - Ein Schweizer im "Reich des Bösen"**

In einem Interview berichtet Felix Abt über seine Zeit in Nordkorea. Er erzählt von den Erfahrungen im Wirtschaftsleben und von den persönlichen Erlebnissen mit seinen nordkoreanischen Mitarbeitern. Der Pharmaunternehmer hat trotz Sanktionen zu einem gewissen Wirtschaftsaustausch zwischen Europa und Nordkorea beigetragen. [Abt kritisiert das Embargo des Westens](#) und geht nicht davon aus, dass Nordkorea einseitig einen Krieg beginnen würde.

Mit 12 weiteren Ausländern gründete er die erste ausländische Handelskammer in Nordkorea überhaupt. Die Handelskammer hatte über viele Jahre auf internationalen Ausstellungen in Pyongyang einen Messestand und half europäischen Firmen in Nordkorea Fuß zu fassen sowie nordkoreanischen Firmen in Europa Geschäftspartner zu finden. Wegen der schweren Sanktionen durch die westliche Welt haben aber sowohl größere europäische Konzerne wie auch kleinere Unternehmen im Verlauf der Jahre ihr Interesse an Nordkorea verloren.

Die UNO hat auf amerikanisches Betreiben den Export der wichtigsten Güter Nordkoreas – Metalle, Mineralien und Kohle – verboten. Wenn China, der bei weitem wichtigste Handelspartner, dieses Embargo vollständig durchsetzt, dann verliert Nordkorea über Nacht fast das ganze Devisen-Einkommen. Das würde der Wirtschaft und den unzähligen Nordkoreanern, welche vom Handel importierter Güter leben, einen schweren Schlag versetzen. Die in den letzten Jahren gewachsene Wirtschaft würde deutlich schrumpfen, und es könnten wieder Hungersnöte wie in den 90er Jahren auftreten.

Nordkoreas Atomprogramm schätzt Abt so ein, dass das Land darin einen Schutz vor ausländischen Angriffen sieht. Die nordkoreanische Führung werde Atomwaffen nicht aufgeben, damit ihr nicht das gleiche Schicksal blüht wie z.B. Saddam oder Gaddafi. Sie werde Atomwaffen aber sicher nicht zuerst einsetzen, weil das mit Sicherheit ihr Ende bedeuten würde.

Als Ausweg aus der Krise schlägt Abt vor, statt das Land mit Sanktionen zu strangulieren, sollte man mit ihm auf vielfältige Weise Kontakte pflegen. Nur wenn man vor Ort ist, kann man die Absichten der Nordkoreaner kennen und die Dinge zum Besseren beeinflussen.

Über Abts Einschätzung hinaus ist es interessant, dass in den westlichen Mainstream-Medien nicht darüber berichtet wird, dass z.B. Chinas Außenminister Nordkoreas Vorschlag vortrug, dass Nordkorea seine atomaren und raketentechnischen Aktivitäten im Austausch gegen die Einstellung der großräumigen Militärübungen der USA und Südkoreas beenden würde. Dieses Angebot wird von Nordkorea seit drei Jahren immer wieder gemacht und von den USA immer wieder zurückgewiesen. [Eine Entschärfung der Krise auf der koreanischen Halbinsel ist für Nordkorea aber existentiell.](#)

Denn die von den USA und Südkorea alljährlich durchgeführten Manöver erfordern in Nordkorea das Einberufen der Wehrpflichtigen, die dann für das Auspflanzen oder die Ernte von Reis und damit für die Selbstversorgung nicht zur Verfügung stehen - solange Nordkorea über die atomare Abschreckung nicht auf die regelmäßige Mobilmachung verzichten kann. Ein garantiertes Ende der alljährlichen US-Manöver würde es Nordkorea erlauben, seine konventionelle Verteidigung herabzufahren, ohne auf Atomwaffen angewiesen zu sein.

[Felix Abt](#), Jg. 1955, ist ein Schweizer Unternehmer und gilt als Fachmann für ausländischen Investitionen und Geschäftstätigkeiten in Nordkorea. (Red.)

[Moon of Alabama](#) ist eine unabhängige Internetseite, die Texte und Kommentare für die politische, ökonomische und philosophische Diskussion bereit stellt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **DWN: Kurse der Rüstungs-Industrie profitieren von den Kriegen in der Welt.**

[Krieg belebt das Geschäft](#). Am Beispiel des Rüstungskonzerns Lockheed Martin und anderer belegt der Artikel, dass die Aktienkurse seit Obamas (!) Amtsantritt beinahe stetig gestiegen sind. Während der ersten Amtszeit verlief der Anstieg noch relativ moderat; mit der Wiederwahl Obamas 2013 gingen die Kurse aber steil nach oben. Das wird an Hand von Grafiken aufgezeigt. Im Verlauf von 2013 hat Obama eine rote Linie als überschritten bezeichnet und den Einsatz von Chemiewaffen durch Damaskus behauptet. Seitdem hat die Lockheed Martin Aktie ihren Preis verdreifacht.

Der Konzern 'General Dynamics' hat neuerdings dank Aufträgen aus Saudi Arabien ähnliche Steigerungsraten zu verzeichnen, während der Konzern Raytheon vor allem im Software-Bereich Investitionssteigerungen von 37 % meldet. Der digitale Krieg scheint sich zu lohnen.

Der Amtsantritt Trumps hat nur kurz für eine kleine Pause beim Aktienanstieg gesorgt. Inzwischen hat nach dem Einsatz der „Mutter aller Bomben“ der Aufschwung auch hier wieder Fahrt aufgenommen, wenn auch noch nicht so rasant wie 2013 – 2016.

[Inhalt ↑](#)

- **Anonymus: Think-Tank-Chef Friedman: US-Krieg gegen Russland in Europa weiterhin eine denkbare Option.**

George Friedmann, Chef des privaten US-Informationendienstes 'Geopolitical Futures' führt in einer Analyse aus, dass die USA und Deutschland zwei gegensätzliche Visionen für Europa hätten. Das sei der Kern der Meinungsverschiedenheiten zwischen US-Präsident Donald Trump und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Friedman geht aber noch weiter: Im Gegensatz zu Deutschland würden die USA den [Krieg gegen Russland in Europa weiterhin als wichtige Option](#) erachten. Deutschland möchte aufgrund der zwei katastrophalen Weltkriege eine Kollision mit Russland in Osteuropa verhindern, und es stuft Russland nicht als strategische Bedrohung ein. Doch wenn die USA sich mit ihren Verbündeten für eine Eindämmung Russlands entschieden, würde dies Deutschland automatisch in den Konflikt ziehen, so Friedman.

Die Differenzen zwischen Deutschland und den USA wären auch ohne Trump und Merkel zutage getreten. "Amerika und Deutschland haben ganz andere Imperative und Erfahrungen. Während der eine nur Triumph und verhältnismäßig kleine Niederlagen kennt, würde der andere immer wieder durch seine eigenen Handlungen verwüstet. Die USA sind weitaus mächtiger und geografisch sicherer als es Deutschland jemals war", so Friedman.

Im Endeffekt sei das US-Bild von Europa unvereinbar mit den deutschen Bild von Europa.

Die beiden auf der verlinkten Internetseite angebotenen Videos geben zusätzliche Informationen. Das erste Video (4 Min., engl.) gibt eine Rede Friedmans zur Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft wieder. Das zweite Video (12 Min., engl. mit deutschen Untertiteln) behandelt im Wesentlichen die Fragen, wie das US-Imperium seine Macht erhalten kann, und wie es dazu ein wirtschaftliches Kooperieren von Deutschland und Russland verhindern kann. (Red.)

In einem Artikel von Newsmax-Finance gibt Friedman (in Englisch) zu verstehen, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, also dem Ende der Nachkriegsära, die internationalen Institutionen sowie die internationalen Vereinbarungen und Verpflichtungen zu überprüfen seien. Europa, das aus ökonomischen Gründen der USA mit dem Marshall-Plan wieder aufgebaut worden sei, bleibe mannigfaltig und uneinig. Wenn Bundeskanzlerin Merkel davon spreche, dass Deutschland und Europa sich nicht mehr auf die USA verlassen könnten, dann sei das keine Katastrophe sondern "the return of history". Es komme heute wieder auf die zwischenstaatlichen Beziehungen selbst und nicht mehr auf die internationalen Institutionen an. Momentan sieht Friedmann in den Abenteuern Russlands, dem kränkenden Europa und dem verwüsteten Mittleren Osten [drei Symptome, die im eurasischen Raum einen globalen Konflikt auslösen könnten](#).

[Inhalt ↑](#)

- Ulrike von Wiesenau: ... **systematisch für private Investoren öffnen**

Im Vorfeld der Bundestagsabstimmung über die Grundgesetzänderung, die u.a. die Privatisierung der Bundesautobahnen ermöglichen soll, hat die SPD-Fraktion des Bundestages eine nicht-öffentliche Sitzung abgehalten, bei der die mündlichen [Redebeiträge von externen Gästen nicht protokolliert](#) werden durften.

Gemäß Drehbuch der großen Koalition bleiben zwischen dem Vorstellen des komplexen Gesetzespakets, dem Beschluss im Bundestag sowie dem Beschluss im Bundesrat gerade 48 Stunden. Wenig, um den [weitreichendsten Eingriff in die Verfassung seit der Föderalismusreform II](#) im Jahr 2006 zu entscheiden. Die eingespielte Praxis sind drei Wochen zwischen der Abstimmung im Bundestag und jener im Bundesrat bei Grundgesetzänderungen. Doch in einem Brief vom 30.05. an die Direktorin des Bundesrates begründen Union und SPD eine „besondere Eilbedürftigkeit“. Sie beantragten, außerplanmäßig die Tagesordnung des Bundesrates zu ändern.

Im Bundestag stimmten [450 Abgeordnete für das Gesetzespaket](#) zur Änderung des Grundgesetzes (Drucksachen [18/11131](#), [18/11186](#) und [18/12588](#)), 87 dagegen und 61 enthielten sich. Die namentliche Abstimmung erfolgte am 01.06.2017.

Mit der Grundgesetzänderung hat der Bundestag die Voraussetzungen für eine der größten und wahrscheinlich folgenreichsten Privatisierungen der deutschen Geschichte geschaffen. Es werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen,

- dass von einer Infrastrukturgesellschaft künftig Betriebs- und Nutzungsrechte an den deutschen Autobahnen an private Finanzinvestoren übertragen werden können,
- dass bei Bau und die Sanierung von Schulgebäuden private Investoren beteiligt werden.

Der Bund bleibt bei den Teilprivatisierungs-Verträgen zwar formal Eigentümer der Schulen und Autobahnen, hat aber de facto nichts mehr zu sagen. Der Bundesrechnungshof hat das als „funktionale Privatisierung“ bezeichnet. Von einer Partnerschaft auf Augenhöhe kann hier nicht die Rede sein, es handelt sich vielmehr um eine institutionalisierte Form, [Gewinne zu privatisieren und Verluste bzw. Risiken der Allgemeinheit aufzubürden](#). In der Endabrechnung kommen ÖPP-Projekte dem Staat und damit der Bürgerschaft viel teurer zu stehen, als dies bei einer rein staatlichen Finanzierung der Fall wäre. Daher verzichtete z.B. die Stadt Witten auf eine ÖPP-Sanierung des Rathauses, nachdem sie feststellte, dass die der Stadt vorgelegten Finanzierungskosten für bereits erfolgte ÖPP-Schulsanierungen [mit intransparenten und unrealistischen Annahmen berechnet](#) wurden.

Neben dem finanziellen Nachteilen für die öffentliche Hand wird der demokratische Einfluss auf die Gestaltung des Schulwesens reduziert. Dass die Bundesregierung für eine solche Privatisierung im Sinne neoliberaler Ideologen und Lobbyisten das Grundgesetz ändert, trifft laut Ulrike von Wiesenau die Gesellschaft im Innersten. Die immer weitere Entmachtung der Parlamente durch Geheimverträge, das Entziehen öffentlicher Aufgaben aus der öffentlichen Kontrolle durch Privatisierung sowie die Paralleljustiz der geheimen Schiedsgerichte höhlen die Demokratie aus.

Am 02.06. hat der Bundesrat ein Gesetzespaket beschlossen, das neben dem Bund-Länder-Ausgleichs ab 2020 auch eine Menge anderer Fragen regelt, wie z.B. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen über den Unterhaltsvorschuss, einen verbindlichen bundesweiten Online-Portalverbund für digitale öffentliche Dienstleistungen für die Bürger, bis hin zur Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes (Drucksache [18/11135](#)). Durch die Kopplung der Themen wurden [auf Ausgleichszahlungen angewiesene Landesregierungen gezwungen](#), auch eigentlich unerwünschten Regelungen zuzustimmen.

[Ulrike von Wiesenau](#) arbeitet als Expertin für direkte Demokratie, u.a. bei 'Gemeingut in Bürgerhand', gegen Demokratieabbau und Privatisierung der Daseinsvorsorge und ist Pressesprecherin des Berliner Wassertisches. Sie kann sich [zu einer am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Versorgung keine vernünftige Alternative](#) vorstellen, denn ein Verlust der Gemeingüter bedeute Identitätsverlust und komme die Gesellschaft auf lange Sicht teuer zu stehen. Sie ist überzeugt, dass Deutschland [mehr direkte Demokratie](#) braucht. (Red.)

Inhalt 

- **DWN: Österreich will bei der EU für den Erhalt von Bargeld kämpfen**

Die österreichische Regierung hat die Möglichkeit einer [Verankerung der Bargeldnutzung in der Verfassung mit der Begründung zurückgewiesen](#), dass sich Währungspolitik in der Zuständigkeit der EU befindet. Daher könne Österreich selbst keine solche Entscheidung für sich treffen. Das österreichische Finanzministerium möchte sich dennoch für den Erhalt von Bargeld einsetzen und sieht das Argument der Betrugsbekämpfung nicht als stichhaltig an.

Wirklicher Grund für die wiederkehrenden Initiativen zur Bargeldabschaffung ist wohl die Tatsache, dass Bargeld die einzige Möglichkeit für die Bürger sei, ihre Ersparnisse vor Eingriffen des Staates und der Banken zu schützen.

Auch Deutschland hat seine [Zuständigkeit für die Währungspolitik](#) als Mitgliedstaat der Euro-Zone an die EU abgegeben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Andreas Riekeberg: Strahlendes Erbe**

Vor 50 Jahren, am 04.04.1967, begann die [unterirdische Einlagerung von Atommüll im ehemaligen Salzbergwerk 'Asse II'](#) bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel, 15 Kilometer südöstlich von Braunschweig. In das zunächst als wissenschaftliche Forschungs- und Versuchseinrichtung deklarierte Bergwerk wurden in knapp 13 Jahren bis Ende 1978 insgesamt 50'000 Kubikmeter Atommüll geschafft, verpackt in 126'000 Transportbehältern. Über den Schacht 'Asse II' wurden sie nach unter Tage verbracht und dort in leeren Salzabbaukammern vor allem auf der 750-Meter-Sohle des Bergwerks eingelagert.

Mehr als 90% des radioaktiven "Nuklidinventars" kamen aus der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) des Atomforschungszentrums Karlsruhe, die von Atomkraftwerken mit gebrauchten Brennelementen beliefert wurde. Von Anfang an war klar, dass es wegen eindringender Flüssigkeit Probleme mit der Trockenhaltung des Bergwerkes und damit auch des Atommülls geben könnte.

Seit Januar 2010 ist klar: Der Atommüll kann nur bei Rückholung aus dem Bergwerk langfristig so gelagert werden, dass die Radionuklide nicht in Lösung gehen und sich in der Biosphäre ausbreiten. Die gegenwärtige Verfüllung der Strecken unterhalb von 700 Metern erhöht die Gefahr, dass der Atommüll durchnässt und aufgelöst wird. Seit 1988 wurden neue Zutrittsstellen von Salzlösung in die Asse festgestellt.

In welchem Zustand sich der eingelagerte Müll derzeit befindet ist nicht klar, da die Richtlinien und Sicherheitsvorkehrungen vor August 1971 nicht verbindlich definiert waren. Zudem wurde auch falsch deklariertes Müll eingelagert (z.B. Thorium-Brennelementkugeln aus Jülich). In den letzten drei Jahren vor Ende der Einlagerung wurden 50% aller eingelagerten Gebinde in die Asse geschafft. Dabei wurden die Müllfässer mit dem Radlader über die Kante gestürzt, Schicht für Schicht mit Salz aufgefüllt und planiert.

Im Jahr 2016 mehrten sich die Hinweise, dass viele Arbeiten in 'Asse II' nicht der Rückholung dienen, sondern eine Vernässung und Flutung des Atommülls in der Asse vorbereiten. Der [Asse-II-Koordinationskreis kritisiert](#) das Handeln des Betreibers in 14 Punkten. Die vordringlichsten Aufgaben wären: eine vernünftige Drainage der Atommüllkammern, die Abteufung eines neuen Schachtes 'Asse IV' zur Rückholung des Atommülls und eine konkrete Rückholungsplanung.

[Andreas Riekeberg](#) ist Pfarrer der evangelischen St.-Thomas-Gemeinde in Wolfenbüttel und engagiert sich im Asse-II-Koordinationskreis, einem unabhängigen Gremium zur Koordination von Bürgerinitiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen. Zweck des Koordinationskreises ist die Bündelung aller freiwilligen zivilen Kräfte, die sich mit den Fragen der Rückholung des radioaktiven Mülls zur langfristigen Sicherheit der Region um die Asse widmen. (Red.)

Für Sonntag, den 25.06.2017, ruft das Aktionsbündnis 'Kettenreaktion Tihange' zur Bildung einer 90 km langen Menschenkette auf - als sichtbares Zeichen überall die AKW abzuschalten. Bitte [Näheres unbedingt hier in Erfahrung bringen](#).

[Inhalt](#) ↑